

Be- und Entgrenzungen feministischer Netzwerke im akademischen Kontext

HEIKE RAAB

Österreichische Gesellschaft für Geschlechterforschung (ÖGGF), seit 2012; Vorstandsmitglied

Die Österreichische Gesellschaft für Geschlechterforschung (ÖGGF) besteht seit November 2012. Die wichtigsten Ziele sind die Weiterentwicklung und Förderung von Geschlechterforschung im universitären und außeruniversitären Bereich, insbesondere auch Nachwuchsförderung. Insgesamt geht es um die nachhaltige Verankerung von Gender Studies in Forschung und Lehre an den österreichischen Universitäten und die Vernetzung aller in diesen Bereichen tätigen Personen. Mit der Gründung der ÖGGF bestätigt sich einerseits der Trend zu einer verstärkten Institutionalisierung des akademischen Feminismus und der Gender Studies, andererseits zeigen sich auch Grenzen. Denn nach wie vor ist die institutionelle Organisation des wissenschaftlichen Wissens um Geschlecht und Geschlechterverhältnisse fachdisziplinär ausgerichtet. Als neue „Fachdisziplin“ müssen die Gender Studies in diesem Sinne um Anerkennung im wissenschaftlichen Feld kämpfen (zur Übersicht über die aktuellen Gender Studies Studienprogramme in Österreich <http://www.oeggf.at/cms/index.php/forschung-lehre.html>, 17.1.2013). Zugleich ergeben sich über die neuen Strukturen der ÖGGF maßgebliche Artikulationsräume für feministische Wissenschaftler_innen unterschiedlicher Disziplinen, über die sich auch die Geschlechterforschung weiterentwickelt.

Produktiv sind geschlechterpolitische Grenzziehungen grundsätzlich, weil eine Auseinandersetzung mit diesen politische, akademische und wissenschaftliche Benachteiligungen bzw. Ausblendungen benennbar und Wissensbestände hinterfragbar macht. Auf strukturelle Benachteiligungen von Frauen kann eingewirkt, ferner können androzentrische, heteronormative Wissenschaftsansätze kritisiert werden. In diesem Sinne markieren geschlechterpolitische Grenzziehungen keine genuin fachliche, personale oder räumliche Grenze, sondern ein ubiquitäres Terrain im wissenschaftlichen Feld.

Begrenzend bleiben feministische Netzwerke, mithin auch die ÖGGF, wenn die eigenen Praxen und folglich mitunter Ein- und Ausschlüsse unreflektiert bleiben. Paradoxerweise ist damit zugleich eine potentielle Entgrenzung benannt, die immer dann eintreten kann, wenn feministische Netzwerke durch Anpassungsleistungen unsichtbar oder austauschbar werden. Die Gefahr besteht etwa, wenn feministische Netzwerke zu Lobby-Vereinigungen mutieren, oder wenn sich Geschlechterforschung nicht (mehr) auf die eigene Tradition der Herrschafts- und Wissenschaftskritik bezieht.

Meines Erachtens ist die gegenwärtig wichtigste Herausforderung für die ÖGGF, wie für Gender Studies allgemein, sich (wieder) als zentrales bildungspolitisches

Projekt zu verstehen und dem potentiellen Bildungsausschluss in der aktuellen Hochschullandschaft zu begegnen. Eine zentrale Rolle spielen hierbei Fragen nach dem Zusammenhang von Geschlecht und anderen Achsen von Differenz bzw. Ungleichheit.

Zwischen Bundesförderung und wissenschaftlicher Anerkennung

ANDREA MAIHOFER

Netzwerk Gender Studies Schweiz, seit 2002

Das Netzwerk Gender Studies CH wurde vor über zehn Jahren von Vertreter_innen verschiedener Lehr- und Forschungsinstitutionen im Bereich der Geschlechterforschung in der Schweiz gegründet. Beteiligt sind die Universitäten Basel (Leading House), Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, Neuchâtel, St. Gallen und Zürich sowie das Graduate Institute (IHEID) in Genf. Anliegen war, die Geschlechterforschung an den Universitäten in Lehre und Forschung nachhaltig zu etablieren sowie die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu sichern. Dazu wurde zum einen – ausgehend von unterschiedlichen universitären Bedingungen – ein inhaltliches Konzept entwickelt, das in einem Antrag für ein Kooperationsprojekt bei der schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) mündete. Zum anderen arbeiteten Vertreter_innen der Universitäten, der nationalen Gleichstellungspolitik, des Parlaments sowie wissenschaftsadministrativer Institutionen parallel an einem wissenschaftspolitischen Konzept mit dem Ziel, die Institutionalisierung der Chancengleichheit und der Geschlechterforschung in der „Wissenschaftsbotschaft“ festzuschreiben, die alle vier Jahre vom Parlament verabschiedet wird. Beides gelang wiederholt und so wird das Netzwerk seit 2004 vom Bund durch Beiträge der SUK unterstützt. Die aktuelle dritte Laufzeit endet 2016. Bis dahin soll, so das ausdrückliche Mandat, die Geschlechterforschung an den Schweizer Hochschulen anderen wissenschaftlichen Disziplinen gleichgestellt sein.

Das Projekt wurde wiederholt erfolgreich evaluiert und gilt in der Hochschullandschaft der Schweiz als Pioniermodell. Dieser Erfolg war nur durch eine enge Kooperation des Netzwerks mit Vertreter_innen aus Politik, Wissenschaftsadministration, Forschungsförderung sowie aus den Chancengleichheitsressorts an den Hochschulen möglich. Im Zuge des Projekts wurden an den beteiligten Universitäten Studienprogramme auf BA-, MA- und Graduiertenstufe aufgebaut, Graduiertenkollegien etabliert und eine Reihe struktureller Stellen geschaffen. Zudem wurden ein gesamtschweizerisches Vorlesungsverzeichnis sowie die gemeinsame Internetplattform Gender Campus ein-